



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 23. bis 29. Januar 2025

In der vergangenen Woche mangelte es in der polnischen Politik nicht an Vorgängen, die ausreichend Gesprächsstoff lieferten. Jacek Siewiera, bisher Chef des Büros für Nationale Sicherheit, reichte bei Präsident Andrzej Duda seinen Rücktritt ein, den dieser annahm. Ein britisches Gericht entschied, dass der wegen der Affäre um seine frühere Organisation angeklagte vormalige Chef der Regierungsagentur für Strategische Reserven, Michał Kuczmierowski, aus dem Gewahrsam entlassen wird und unter zahlreichen Auflagen auf freiem Fuß in seinem Auslieferungsverfahren aussagen kann. Der Sejm verabschiedete die Novellierung des Gesetzes zur Ausübung des Abgeordneten- und Senatorenmandats, allgemein bekannt als „Lex Romanowski“. Das Gesetz erregte bei vielen aus dem rechten Spektrum Missfallen.

Chef des Büros für Nationale Sicherheit zurückgetreten

Jacek Siewiera ist von seinem Amt als Chef des Büros für Nationale Sicherheit (BBN) zurückgetreten. Małgorzata Paprocka, Chefin der Kanzlei des Präsidenten, bestätigte die Medienberichte: „Herr Minister Siewiera reichte bei Herrn Präsidenten Andrzej Duda seinen Rücktritt vom Amt des Chefs des BBN ein. [...] als Grund seines Rücktritts nannte Jacek Siewiera persönliche Pläne. Der Herr Minister hat sich entschieden, von einem Stipendium an der Universität Oxford Gebrauch zu machen. Er hat seine Entscheidung mit dem Herrn Präsidenten abgestimmt.“¹ Siewieras Schritt wurde in den Medien umfassend kommentiert.

So von dem Präsidentenberater Łukasz Rzepecki in einer Sendung des Fernsehsenders TVN24: „Der Herr Minister hatte Aufgaben und er hat sie ausgeführt. Fehlerlos, zu hundert Prozent.“² Dem

¹ <https://wyborcza.pl/7,75398,31642513,szef-bbn-jacek-siewiera-zlozyl-rezygnacje.html>

² <https://tvn24.pl/polska/jacek-siewiera-odchodzi-ze-stanowiska-komentarze-politykow-w-kawie-na-lawe->

entgegnete Tomasz Trela, Abgeordneter der Neuen Linken: „Das ist eine Flunkerei. Was der Minister aus der Präsidentschaftskanzlei heraus behauptet hat, er [Siewiera] nehme ein Stipendium in Oxford wahr [...] bedeutet, Andrzej Duda ist ein so schwacher Chef und so schwacher Präsident, dass er nicht in der Lage ist, seinen Mitarbeiter in einem zentral wichtigen Augenblick, ganz am Ende seiner Präsidentschaft zu halten.“³

Janusz Sejmej, Sprecher des Ministeriums für Nationale Verteidigung, antwortete auf die Frage von Journalisten nach einer möglichen Laufbahn Siewieras im Verteidigungsministerium: „Es ist unbedingt wichtig, sein Wissen unter anderem zur Sicherheit und Gefahren für das Baltikum und die Anrainerstaaten der Ostsee zu nutzen [...] es ist aber noch zu früh, von bestimmten Einrichtungen zu sprechen [...] Lassen Sie uns abwarten, bis die endgültigen Gespräche stattfinden. Gewiss weiß der stellvertretende Ministerpräsident [und Verteidigungsminister Władysław] Kosiniak-Kamysz sein Wissen und seine Erfahrung zu schätzen, die bei der Zusammenarbeit für die Sicherheit unseres Landes eingesetzt werden sollten.“⁴

Auch Kosiniak-Kamysz selbst sprach in warmen Worten von Siewiera: „[...] er hat seine Pflichten sehr gut erfüllt, und das Wohl der Bürger stand für ihn an vorderster Stelle. [...] Wir sind fähig, eine polnische Sicherheitsstrategie auszuarbeiten und dabei über den Gefühlsaufwallungen und Konflikten der Politik zu stehen.“⁵

Entlassung Kuczmierowski aus dem Gewahrsam durch ein britisches Gericht

Ein britisches Gericht hat entschieden, den früheren Chef der Regierungsagentur für Strategische Reserven (RARS), Michał Kuczmierowski, aus dem Gewahrsam zu entlassen. Kuczmierowski wurde gegen die Hinterlegung einer Kautions von 365.000 Pfund Sterling beim Westminster Magistrates' Court London entlassen. Hinzu kommen weitere 200.000 Pfund einer Bürgschaft. Der Politiker wartet immer noch auf sein Auslieferungsverfahren. Politiker aus dem rechten Spektrum sind hocherfreut.

Janusz Cieszyński (PiS), vormals Minister für Digitalisierung, schrieb: „Entgegen den Erwartungen der Bodnar-Leute gestattete ein britisches Gericht Michał Kuczmierowski, seine Aussage auf freiem Fuß zu machen. Die Tusk-Bande hatte damit gerechnet und beschloss daher, ihre peinliche Niederlage zu kaschieren, indem sie eine Beamtin aus der Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrats festsetzte. In ihrer Panik gehen sie dazu über, das Prozedere im Falle des Gerechtigkeitsfonds zu wiederholen.“⁶

Ähnlich äußerte sich der frühere PiS-Sprecher und heutige Europaabgeordnete Piotr Müller: „Wie

st8277568

³ Ebenda.

⁴ <https://wiadomosci.wp.pl/rzecznik-mon-o-siewierze-jego-wiedza-ma-kluczowe-znaczenie-7118125591223072a>

⁵ <https://www.pap.pl/aktualnosci/szef-mon-jacek-siewiera-bardzo-dobrze-wywiazywal-sie-ze-swoich-obowiazkow-0>

⁶ <https://x.com/jciesz/status/1884621198874562734>

zu sehen, betreiben sie dort nicht Bodnars und Tusks Regimepolitik. Unterdessen kennt die polnische Regierung nur eine Reaktion auf ihre schlechter werdenden Umfragewerte: weitere Repressionen von Beamten, deren einziges Verschulden war, nicht für die ‚richtige‘ Regierung gearbeitet zu haben. Sie haben ein einziges Ziel: festnehmen, verfolgen, einschüchtern.“⁷

Auch Michał Dworczyk, vormals Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten in der Regierung Mateusz Morawieckis, äußerte sich zu der Meldung: „Die gegenwärtige Regierung geifert nur so vor politisch motiviertem Hass und Rachgier und leistet sich permanent Fehlritte. Zum Glück gibt es Gerichte, die gerechte Entscheidungen treffen. Rein politische Motive und Vorwürfe verlieren, wenn sie mit der Wahrheit konfrontiert werden.“⁸

Die Staatsanwaltschaft wirft Kuczmierowski Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Überschreitung seiner Befugnisse und Pflichtverletzung zum Zweck materiellen Vorteils vor. Dafür droht ihm eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren.

„Lex Romanowski“ vom Sejm verabschiedet

In der vergangenen Woche verabschiedete der polnische Sejm die Novellierung des Gesetzes zur Ausübung des Abgeordneten- und Senatorenmandats. Besonders heftig wurde der Artikel diskutiert, der bestimmt, dass ein in Haft sitzender Parlamentarier nicht die aus seinem Mandat hervorgehenden Rechte genießt und Pflichten ausübt. Gemäß dieser Vorschrift erhält ein in Haft oder Gewahrsam sitzender Abgeordneter beispielsweise keine Diäten und Bezüge. Das Gesetz wird „Lex Romanowski“ genannt, denn es war der Politiker Marcin Romanowski (PiS), der aus Angst vor einer Gefängnisstrafe nach Ungarn floh, wo er politisches Asyl erhielt, aber weiterhin die Diäten eines polnischen Abgeordneten bezieht; dieser Fall veranlasste die Gesetzesänderung. Die Abgeordneten der Opposition äußerten sich empört über die neue Vorschrift.

Bei der Sejmdebatte über das Gesetz ergriff der PiS-Abgeordnete Marek Ast das Wort: „Diesem Entwurf liegt eines zugrunde – das ungehemmte Verlangen nach Rache und Vergeltung. Das Recht auf eine Vergütung fortzunehmen, die Möglichkeit einzuschränken, das Mandat wahrzunehmen. Und was ist, wenn dieser Abgeordnete sich schließlich als unschuldig erweist?“⁹

Die PiS-Abgeordnete Józefa Szczurek-Żelazko kommentierte: „Der Herr Abgeordnete Romanowski hat auf seine Arbeitsvergütung verzichtet und erhält diese nicht. Es gibt, klar gesagt, Vorschriften, aber hier handelt es sich um eine Form politischer Rache.“¹⁰

Die Abgeordneten der Regierungskoalition nahmen bereitwillig zu den Vorwürfen der politischen Rache Stellung. Der KO-Abgeordnete Zbigniew Konwiński sagte: „Den Autoren des Gesetzes fiel es

⁷ <https://x.com/PiotrMuller/status/1884618446543126568>

⁸ <https://wpolityce.pl/polityka/719868-michal-kuczmierowski-zostanie-zwolniony-z-aresztu>

⁹ <https://wyborcza.pl/7,75398,31638187,sejm-za-pozbawieniem-romanowskiego-pieniedzy-pis-to-odwet.html>

¹⁰ <https://polskieradio24.pl/artykul/3474751,poslanka-pis-lex-romanowski-to-zemsta-polityczna-posel-zrzekl-sie-wynagrodzenia>

nicht im Traum ein, ein Abgeordneter würde sich durch Flucht der Strafverfolgung entziehen.“¹¹
Dem pflichtete Sejmarschall Szymon Hołownia (Polska 2050) bei: „Es gab solche Abgeordneten
im 18. Jahrhundert. Sie flohen nach Russland.“¹²

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹¹ <https://wyborcza.pl/7,75398,31638187,sejm-za-pozbawieniem-romanowskiego-pieniedzy-pis-to-odwet>.

¹² Ebenda.